

„Nein im Bauch und Ja im Hirn“

Südafrikas Präsident Frederik Willem de Klerk feierte einen historischen Triumph: Zwei Drittel der weißen Wähler gaben ihm das gewünschte Mandat, den einstigen

Apartheidstaat in eine Demokratie gleichberechtigter Bürger zu verwandeln. Doch noch gibt es viele Hindernisse auf dem langen Weg aus der Wagenburg.



Jubelnde Reformanhänger nach dem Sieg des Ja in Kapstadt: Der Ausgang des Referendums kam einer Revolution gleich

Das Paradoxe ist geschehen: Die Weißen haben ihr letztes Wort gesprochen, und mit ihm haben sie klargestellt, daß sie nie mehr allein für Südafrika sprechen können.

Mit 68,7 Prozent der Stimmen entschieden die Buren, daß Schwarze und Weiße künftig gleiche Rechte haben sollen, daß niemand mehr kraft Geburt Herr oder Knecht sein dürfe. Die Ordnung am Kap, die bisher als gottgewollt galt, ist zerbrochen, und, ganz wider Erwarten für die Nostalgiker des Vergangenen, sind nicht Pech und Schwefel vom Himmel gefallen.

Das Referendum über die Fortsetzung der Reformpolitik hat nicht nur ein Tor aufgestoßen, wie Wendepräsident Frederik Willem de Klerk am Mittwoch voriger Woche auf einer Feier zu seinem 56. Geburtstag sagte. Es hat auch bewiesen, daß die angenommene Zweieinigkeit von Kirche und Herrenmenschentum, die das Burenvolk seit Generationen zusammenhielt, nur noch ein Mythos ist.

Am Tag vor der Volksabstimmung am letzten Dienstag hatte die „Christliche Liga des südlichen Afrika“, eine atavistische Glaubenskongregation von Buren aus Oranje und Transvaal, in ganzseitigen Zeitungsinseraten deutlich gemacht, was es – aus ihrer Sicht – bedeuten würde, wenn der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) unter seinem Präsidenten Nelson Mandela die Macht übernehme: „Laßt uns bedenken, daß Mr. Mandela und der ANC keine Christen sind. Zweifellos wäre eine Ja-Stimme eine Stimme gegen Gott und in Richtung auf den Antichrist. Das würde zu ewiger Verdammnis führen.“

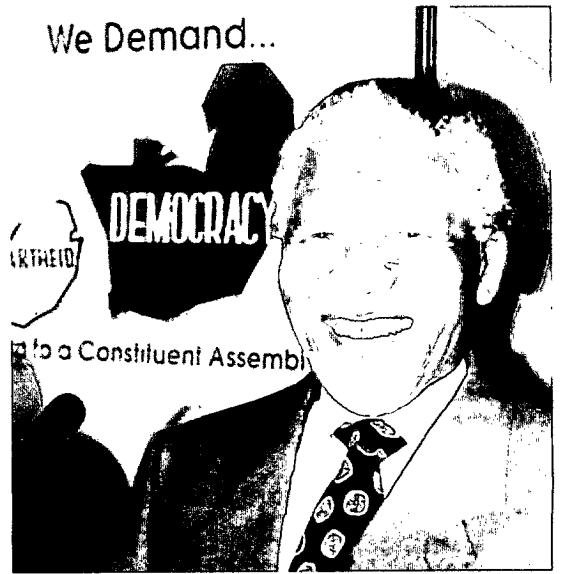
Für eine Nation, deren Selbstverständnis fast 350 Jahre lang von einem geradezu religiösen Auserwähltheitswahn geprägt war, kam der Ausgang des Referendums einer Revolution gleich.

Daß Kapstadt, Durban und Johannesburg mit ihrer überwiegend englischsprachigen Bevölkerung mit Ja stimmen

würden, war zu erwarten gewesen. Die „uitlanders“ (Ausländer), wie die Afrikaner ihre Landsleute dort verächtlich nennen, hatten stets ein gebrochenes Verhältnis zu der Blut-und-Boden-Ideologie der Buren. Aber daß Afrikaner-Hochburgen wie Bloemfontein und die Hauptstadt Pretoria von der Fahne gehen würden, das war für die Konservativen ein Schock.

Pietersburg, die Zitadelle der Beton-Buren im nördlichen Transvaal, stimmte als einziger von 15 Wahlbezirken mehrheitlich mit Nein. Aber Pietersburg galt unter den Buren schon immer als eine Art Insel der Seligen. Hier leben 46 000 Weiße und nur 10 000 Nichtweiße. Dieser Proporz ist einzigartig in der ganzen Republik.

Die Enttäuschung der Ultras ist vor allem deshalb so fundamental, weil sie den Sinneswandel im eigenen Lager verschlafen hatten. Schon der Zusammenstoß von Sicherheitskräften und Plattland-Buren in Ventersdorp, bei dem im



Staatspräsident de Klerk, ANC-Chef Mandela: Den Nord-Süd-Konflikt im Burenstaat überwinden

August letzten Jahres drei Weiße getötet worden waren, hätte ihnen zu denken geben müssen. Buren schießen auf Buren, um die Rechte von Schwarzen zu verteidigen: Deutlicher konnte die Wende sich nicht abzeichnen.

Und spätestens seit dem Showdown von Ventersdorp hätte auch der Traum der ganz Starrsinnigen verfolgt sein müssen, im Schulterschuß mit Armee und Polizei das Rad der Geschichte doch noch aufhalten zu können.

Allerdings: Die Loyalität der Offiziere zur Regierung war bis Anfang letzter Woche noch mehr als zweifelhaft. Paul-Bulko Mertz, Oberstleutnant der südafrikanischen Armee, gibt zu: „Bis zum Referendum hätte ich einen Staatsstreich nicht ausgeschlossen.“ Aber nun habe die vernichtende Niederlage der Rechten die Putschgefahr gebannt.

Es war kein gutes Omen, daß Eugene TerreBlanche, Chef der rechtsradikalen Afrikaaner Weerstandsbewegung (AWB), beim letzten großen Kongress der Rechten vor dem Referendum in Pretoria vom Pferd fiel. So etwas darf einem Rauhreiter nicht passieren. Das Wahlergebnis hat die vaterländische Dröhnfraktion nun endgültig an den Rand der Lächerlichkeit gedrängt. „Jetzt kommt der Bürgerkrieg“, prophezeite TerreBlanche im Fernsehen. Aber die Eisenfresser von der AWB schrecken keinen mehr.

Sicher war das überwältigende Ja-Votum nicht ausschließlich eine Herzensangelegenheit. „Viele hatten das Nein im Bauch und das Ja im Hirn“, kommentierte der *Star* in Johannesburg. Eine Menge Buren hätten de Klerk lieber ihre Gunst versagt, aber die Angst vor den Folgen eines neuen Wirtschaftsboykotts, der Südafrika unweigerlich in den Ruin getrieben hätte, war stärker.

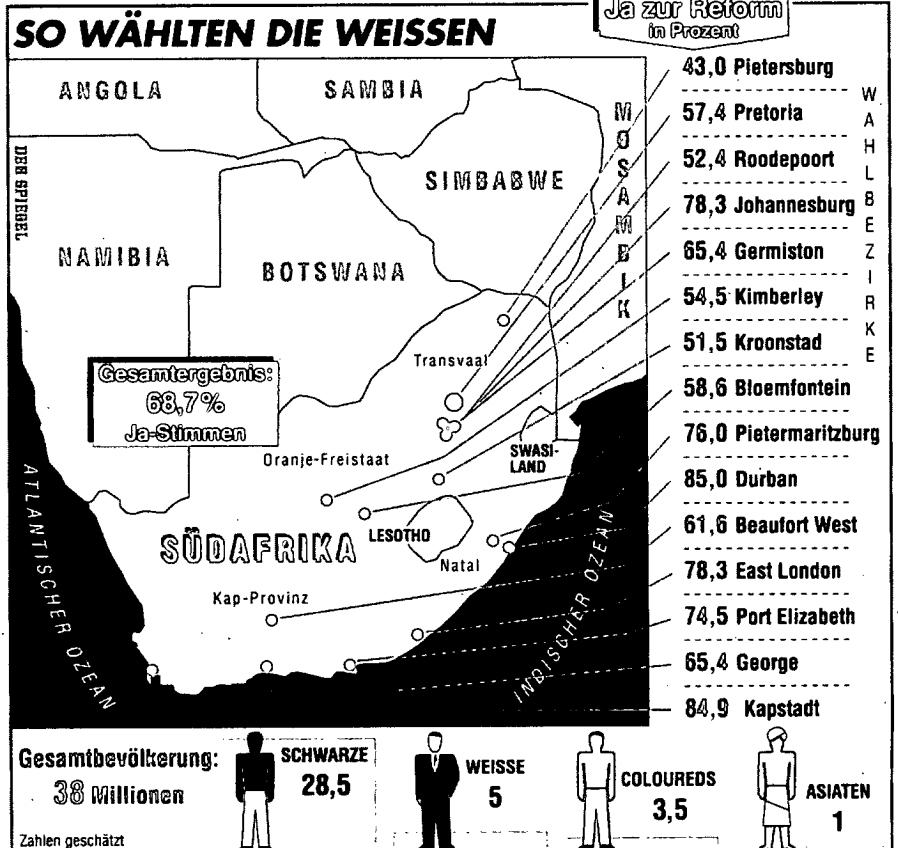
Die Wähler haben Präsident de Klerk mit einem unanfechtbaren Mandat ausgestattet, Südafrika in eine Demokratie gleichberechtigter Bürger zu verwandeln. Schon im Herbst soll eine schwarz-weiße Interimsregierung gebildet und so schnell wie möglich eine neue Verfassung ausgearbeitet werden.

Verhandlungen dazu haben bereits im vergangenen Dezember begonnen. Wichtigster Streitpunkt: De Klerks Nationale Partei verlangt besondere Schutzgarantien für die Weißen. Der

ANC dagegen will die Rechte des einzelnen, ob weiß oder schwarz, mit einem Grundrechtekatalog in der Verfassung garantieren.

Es kommt nicht allzuoft vor, daß eine Machelite per Volksentscheid ihre Privilegien aufgibt. Und an der Spitze der Reformbewegung steht ausgerechnet die Nationale Partei, die das Apartheid-Dogma begründete und dann jahrzehntelang beharrlich verteidigte.

Der einst konservative de Klerk hat versprochen, die Welt werde den Kap-



Staat in einigen Jahren nicht wiedererkennen, wenn er die gewünschte Legitimation für den Wandel erhalte. Die Südafrikaner hätten sich vorgenommen, so der Präsident, ein ganz normales Volk zu werden.

Politisch sind sie diesem Ziel ein gutes Stück nähergekommen. Doch das schwerste Stück Wegs liegt noch vor ihnen: der Totalumbau der Gesellschaft. Um die Apartheid auszumerzen, reicht es nicht, Gesetze über die Rassentrennung abzuschaffen. Der Burenstaat war immer Dritte Welt (für die Schwarzen) und entwickelte Industriegesellschaft (für die Weißen) in einem.

Diesen Nord-Süd-Konflikt in sich selbst muß Südafrika nun überwinden – eine Aufgabe, die noch weit anspruchsvoller sein dürfte als die Umstellung der sozialistischen Volkswirtschaften des ehemaligen Ostblocks auf die Marktwirtschaft.

De Klerks Perestrojka soll ein ganzes Land, das sich von westlichen Demokratievorstellungen weitgehend abgekoppelt hatte und das Zeitalter der europäischen Aufklärung schlicht verpaßte, ins 20. Jahrhundert überführen. Sie soll die politische Macht und den Reichtum zwischen der dominierenden und der dominierten Bevölkerungsgruppe gerecht verteilen und dabei nach Möglichkeit gewalttätige Konflikte vermeiden.

Dafür reicht es nicht, daß die stärksten politischen Kräfte – de Klerks Nationale Partei und Mandelas ANC – sich nun zu einem Reformpakt zusammenschließen. Diese Art von Machtteilung würde zu viele Gruppen und Parteien ausgrenzen – die sechs Millionen Zulus des Häuptlings Mangosuthu Buthelezi ebenso wie die rechten weißen Neinsager.

Für viele Weiße gibt es durchaus handfeste Gründe, de Klerks Reformen und die neue Ordnung abzulehnen. Das weiße Proletariat leistet vor allem deshalb heftigen Widerstand gegen die Gleichberechtigung der Schwarzen, weil es die Konkurrenz zu fürchten hat.

Die Abschaffung der Apartheid hat bisher schon fast eine Viertelmillion Weiße in Armut gestürzt. Die weiße Bergarbeitergewerkschaft kommentierte das Ergebnis des Referendums lakonisch: „Die Rechte der weißen Arbeiter werden dadurch weiter beschnitten.“

Aber die Rezession in der Industrie und die schlimmste Dürre seit Menschengedenken in der Landwirtschaft haben auch Millionen Schwarze immer tiefer ins Elend sinken lassen.

Die Arbeitslosenzahl unter der schwarzen Bevölkerung hat nach Schätzungen 55 Prozent erreicht, sieben Millionen hausen in erbärmlichen Slums, zwei von drei Schwarzen leben unter dem Existenzminimum. Politisch motivierte Gewalttaten – vermutlich teilweise von weißen Sicherheitskräften geschürt – haben seit dem 24. Februar, dem Tag, da Präsident de Klerk das Referendum ankündigte, über 300 Menschenleben gefordert.

Eine Übergangsregierung wird politisch nur Erfolg haben, wenn sie die Wirtschaftskrise allmählich überwindet, die Ängste der Weißen dämpfen und die

zwar, Mandela habe sich beim Besuch der Weltwirtschaftstagung in Davos im Februar davon überzeugen lassen, daß linke Experimente westliche Kredite blockieren würden. Aber ein für westliche Investoren akzeptables wirtschaftspolitisches Programm hat die schwarze Befreiungsbewegung bisher nicht vorgelegt.

Die weiße Bevölkerung wird aber auch nicht in der schwarzen Flut untergehen, wie Andries Treurnicht, Chef der Konservativen Partei, dem Wahlvolk zu suggerieren versuchte. Sie hat nämlich starke Verbündete im Nicht-Weißen-Lager. Die 3,5 Millionen Mischlinge und die Million Asiaten neigen mehrheitlich eher de Klerks Nationaler Partei als Nelson Mandelas ANC zu. Südafrika ist eine Nation von Minderheiten – keine Gruppe kann den Anspruch erheben, das Land allein regieren zu wollen.

„Die tiefen sozialen Konflikte, die Zerrissenheit unserer Gesellschaft erfordern ein System, das von niemandem zum Vorteil einer Gruppe mißbraucht werden kann“, sagt de Klerk.

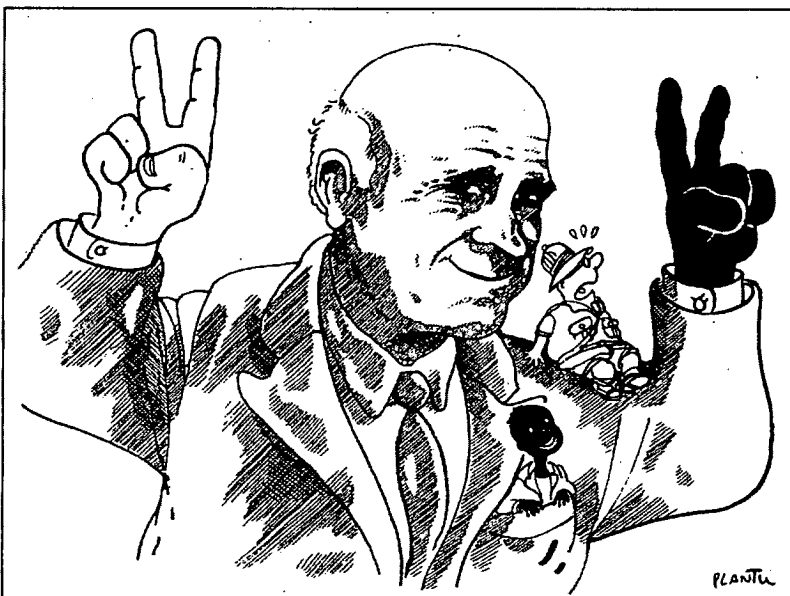
So sitzen die Zulus zwar mit am Runden Tisch der „Versammlung für ein demokratisches Südafrika“. Sie sympathisieren aber auch mit den Plänen der geschlagenen Konservativen, die Republik in autonome Teilrepubliken zu parzellieren, weil sie dann nicht mehr von dem

Angstgegner ANC dominiert werden könnten.

Der *Sowetan*, das Blatt des Johannesburger Schwarzenghetts Soweto, fragte am Donnerstag seine prominentesten Leser nach den Hoffnungen, die sie an das Ergebnis des Referendums knüpfen. Einheitlicher Wunsch: Laßt uns endlich Frieden machen.

Das ist, trotz des historischen Sieges vom vergangenen Dienstag, ein immer noch weit entferntes Ziel. An dem Tag, als die Weißen zur Wahl gingen, wurden allein in Eisenbahnzügen im Gebiet um Johannesburg 13 Schwarze ermordet. Die meisten wurden mit Beilen und Haumessern zerhackt, einer wurde lebendig verbrannt, zwei wurden gefesselt und dann aus dem fahrenden Zug geworfen, einer starb mit einem Speer in der Brust.

Seine Leiche trug ein Schild um den Hals. Darauf stand: „Amandla“, das ist Zulu und heißt Macht.



Le Monde

Erwartungen der Schwarzen wenigstens teilweise befriedigen kann.

Nun sollen immerhin die internationalen Handelssanktionen fallen, die der Wirtschaft weit mehr geschadet haben, als die Regierung zugeben mochte. Am Tag nach dem Referendum ging ein Regen aus Glückwunschkarten über Südafrika nieder. Alle Welt will wieder Handel mit dem Kap-Staat treiben.

Doch daß ein Ende des Uno-Embargos den dringend benötigten Investitionsboom bringt, steht sehr in Zweifel. Dafür gibt es noch zu viele Hürden auf dem Weg in die neue Zukunft – und zuviel Mißtrauen des Auslands, ob das historische Experiment gelingt.

Potentielle Investoren wurden nicht nur von den Rassisten am Kap, sondern auch vom Radikalismus der Schwarzen abgeschreckt. Viele ANC-Funktionäre hängen nach wie vor an der sozialistischen Ideologie. Es heißt